



PERSONALRAT

**Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen
und Sekundarschulen
bei der Bezirksregierung Köln**

Mohrenstr. 16 50670 Köln
Tel.: 0221 – 1473228 Fax.: 0221 – 1472896
E-Mail: lpr-ge@bezreg-koeln.nrw.de

Juni 2013 Nr. 188

hrsg. i.A. des Personalrates: Markus Peiter

Flexible Mittel für den Vertretungsunterricht drastisch gekürzt

Völlig überraschend hat die Landesregierung in den Osterferien die flexiblen Mittel für den Vertretungsunterricht um 50% gekürzt. 24 Millionen Euro sollen in diesem Jahr nicht ausgegeben werden. Das entspricht einem Volumen von 500 Stellen. Stattdessen fordert Schulministerin Löhrmann die Schulen auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Vertretungsunterricht mit eigenen Kräften zu organisieren.

Hatte es anfangs noch geheißt, dass diese Mittel vor allem bei den Gymnasien gekürzt werden würden – Argumentation: Der Doppeljahrgang macht jetzt Abitur, danach gibt es einen Stellenüberhang – ist jetzt klar, dass auch die anderen Schulformen betroffen sind.

Im Bezirk Köln betrug die Mittelzuweisung für die Gesamtschulen 2012 40873,95 Stunden. Im Haushaltsjahr 2013 stehen uns 23271,30 Stunden zur Verfügung. Das ist eine Kürzung um 43%. Da die Mittel für die vergangenen Monate bereits zugewiesen wurden, wird vermutlich irgendwann im Herbst überhaupt kein Geld mehr zur Verfügung stehen.

Wie soll das gehen? Im Erlass ist davon die Rede, dass bei Unterrichtsausfällen bis zu vier Wochen die Möglichkeit der sogenannten ad hoc – Mehrarbeit vorrangig ausgeschöpft werden soll. Eine Nutzung der FleMiVu-Mittel kommt für die Schule nur dann in Frage, „wenn die eigenen Vertretungsmöglichkeiten nachweislich ausgeschöpft sind“ – Vertretungskonzepte sollen „optimiert“ werden und „sofern die anderen Maßnahmen nicht greifen, [kann es] auch zu Unterrichtsausfall kommen.“, so die Ministerin in einem Schreiben vom 30.04.2013 an den Vorsitzenden des Ausschusses für Schule und Weiterbildung.

Die unmittelbaren Folgen

- Ausgeschriebene Vertretungsstellen werden gar nicht oder nur mit geringerer Stundenzahl besetzt.
- Viele zum 1. Mai fertig ausgebildete Referendare und Lehramtsanwärter werden Hartz IV beantragen müssen, da sie keine Beschäftigung finden.
- Die Kolleginnen und Kollegen müssen (zum Teil unbezahlte) Mehrarbeit leisten.
- Unterricht wird ausfallen.

Statt Priorität für Bildung: Mehrarbeit und Arbeitslosigkeit

Die Landesregierung hat immer wieder versprochen, die Demographiegewinne im System zu belassen, Bildung habe Priorität, kein Kind dürfe zurückgelassen werden. Faktisch werden 500 Stellen gekürzt, die Belastung der Kollegien wird noch höher, verlässlicher Unterricht ist so nicht möglich.

Der Personalrat der Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen und Sekundarschulen fordert:

- Keine Kürzung der Mittel für Vertretungsunterricht
- Keine Arbeitszeiterhöhung durch unbezahlte Mehrarbeit
- Sicherung des Vertretungsunterrichts durch zusätzliche Stellen.

Erreichbarkeit des Vorstands:

montags und donnerstags
von 10.00 Uhr - 12.00 Uhr und
von 14.00 Uhr - 16.00 Uhr

Tel.: 0221 – 147-3228
Fax.: 0221 – 147-2896
e-Mail: lpr-ge@bezreg-koeln.nrw.de